

Die
„Weißeritz-Zeitung“
erscheint wöchentlich drei-
mal: Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. —
Preis vierteljährlich 1 M.
25 Pfg., zweimonatlich
84 Pfg., einmonatlich 42
Pfg. Einzelne Nummern
10 Pfg. — Alle Postan-
stalten, Postboten, sowie
die Agenten nehmen Be-
stellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadtrathe
zu Dippoldiswalde und Frauenstein

Verantwortlicher Redacteur: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 28.

Donnerstag, den 11. März 1886.

52. Jahrgang.

Die Generaldiskussion über die Branntweinmonopol-Vorlage.

Die dreitägige Generaldiskussion des Reichstages über den Branntweinmonopol-Entwurf hat am Sonnabend mit der Ueberweisung desselben an eine Kommission geendet, welches vorläufige Resultat nur der hierüber allgemein gehegten Erwartung entspricht. Weniger sind indessen die Erwartungen auf hitzige und leidenschaftliche Debatten in Erfüllung gegangen, zu denen man in gewissem Grade wegen des vorliegenden so überaus wichtigen Materials wohl berechtigt war, im Gegentheil, die Verhandlungen flossen im Allgemeinen in einem sehr ruhigen Tempo dahin und nur die überfüllten Tribünen und das stark besetzte Haus selbst deuteten darauf hin, daß sich eine nicht gewöhnliche parlamentarische Aktion vollzog. Der Hauptgrund, daß sich die erste Lesung der Branntweinmonopol-Vorlage in so verhältnismäßig glatten Bahnen bewegte, muß jedenfalls darin gesucht werden, daß Fürst Bismarck wegen Erkrankung leider verhindert war, gerade diesen seit Jahren wichtigsten Verhandlungen beizuwohnen. Er hatte allerdings den dringenden Wunsch zu erkennen gegeben, sich wenigstens an dem einen oder anderen Tage an der Diskussion zu beteiligen, aber ein heftiger Muskelrheumatismus, welcher den Kanzler in voriger Woche heimsuchte und noch anhält, machte es ihm unmöglich, seinen Vorsatz auszuführen, namentlich da sich auch die Aerzte entschieden dagegen erklärten, und darf man überhaupt wohl jedes parlamentarische Auftreten des Reichskanzlers für die nächste Zeit als ausgeschlossen betrachten. Uebrigens hätte selbst auch Fürst Bismarck schwerlich durch sein Eingreifen in die Verhandlungen das Schicksal der Branntweinmonopolvorlage retten können. Nachdem bereits am Donnerstag, also gleich am Beginn der Generaldebatte, vom Centrumsabgeordneten Herrn v. Huene die Erklärung Kamens seiner Partei abgegeben worden war: dieselbe sei entschieden gegen das Monopol und stimme nur aus formellen Gründen einer vorherigen kommissarischen Berathung zu, ist bei der ausschlaggebenden Stellung der Centrumpartei an eine Annahme der Monopolvorlage nicht mehr zu denken. Dieser Eindruck, den schon der erste Verhandlungstag machte, ist durch den weiteren Verlauf der Debatten über die Monopolvorlage nur bestätigt worden, namentlich erklärten hierbei auch die Nationalliberalen durch den Abgeordneten Dr. Wuhl, daß sie dem Branntweinmonopol aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen nicht zustimmen könnten, doch betonten sie ihre Bereitwilligkeit, eine anderweitige höhere Besteuerung des Branntweins im Interesse des Volkswohls zu unterstützen und empfahlen durch Dr. Wuhl die Einführung einer Konsumsteuer. Selbstverständlich sprachen sich die Redner der freisinnigen Partei, in erster Reihe die Herren Richter und Ridert, in schärfster Weise gegen die Monopolvorlage aus, ebenso die Redner der Sozialdemokraten, Elsäffer und der Volkspartei; selbst die Konservativen hatten verschiedene Bedenken vorzubringen und überhaupt äußerten sich merkwürdiger Weise nur die Polen durch den Abgeordneten v. Szaniacki ziemlich wohlwollend zum Monopolentwurf, doch empfahl auch Herr v. Szaniacki eine gründliche kommissarische Vorberathung desselben. — Die Last der Vertheidigung der Vorlage lag seitens der Regierung ganz allein auf Herrn v. Scholz, dem preussischen Finanzminister, und ließ derselbe allerdings nichts unversucht, um die Vorlage von ihren günstigsten Seiten zu präsentiren. Aber so oft und eindringlich Herr v. Scholz auch sprach, mit so viel Wärme und Ueberzeugungstreue er auch die Vortheile des Branntweinmonopols vom politischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus beleuchtete und so unerträglich er auch all' den bekannten Einwänden gegen

das Projekt entgegentrat — er vermochte in der Stimmung des Hauses keinen Umschwung zu erzielen und zuletzt klang aus den Aeußerungen des Ministers selbst die resignirte Ueberzeugung heraus, daß trotz all' seiner Bemühungen das Schicksal der Vorlage als besiegelt betrachtet werden müsse. Daß an letzterem die Kommissionsberathungen noch etwas ändern werden, ist nach dem Gang, den die erste Lesung genommen, kaum mehr anzunehmen. Vielleicht wird man sich hier und da über einzelne Punkte verständigen, aber daß die Vorlage im Ganzen für unannehmbar befunden worden ist, daran werden auch schließlich die eingehendsten Verhandlungen der Kommission nichts ändern, nachdem das Plenum in so unabweisbarer Weise seine ablehnende Stellung kund gegeben hat. Was nun aber den Fürsten Bismarck anbelangt, so wird ihn die vorausgerichtete Ablehnung seines neuesten großen finanz- und wirtschaftspolitischen Projektes, eben des Branntweinmonopols, des Reichstages, schwerlich von abermaligen Versuchen, dem Reiche durch eine erhöhte Besteuerung des Branntweins neue große Einnahmequellen zu verschaffen, abhalten. Fürst Bismarck soll sich ja bezüglich einer anderweitigen Besteuerung des Branntweinverkaufs in Form einer Eigenschaftsteuer schon geäußert haben, so daß er das vermuthliche Mißgeschick des Monopolentwurfs wohl nicht allzu tragisch nehmen dürfte.

Aschermittwoch.

Mit der Aschermittwoch, dem Tage nach Fastnacht, erreicht der Karneval sein Ende; die tollen Lustbarkeiten sind verrichtet, und es beginnt eine Zeit ernster Sammlung und Einkehr in das Gemüth. So wollte es von jeher die Kirche, so wird's noch jetzt bei unsern katholischen Mitchristen geübt. Unter vorgeschriebenem Ceremoniell auf dem Altar gemeinte Asche wird an diesem Tage zuerst dem Priester, dann der Gemeinde aufs Haupt gestreut mit den Worten: Memento, quod cinis es et in cinerem reverteris! (Bedenke, daß du Asche bist und zur Asche zurückkehren wirst!). In der evangelischen Kirche hat man diesen Gebrauch nicht beibehalten; doch verkennt es gewiß Niemand, wie gut und heilsam es für den Menschen ist, wenn er sich bisweilen seiner Sterblichkeit und Vergänglichkeit lebhaft bewußt wird. Daß dazu die Zeit nach geräuschvollen, aber bisweilen sehr geist- und gedankenlosen, und das Gemüth leer lassenden Lustbarkeiten besonders geeignet ist, zeigt Jedem die eigne Erfahrung, und so hindert denn auch uns nichts, heute am Aschermittwoch an den Refrain zu erinnern, den J. G. Jacobi in seinem schönen Gedichte „Aschermittwoch“ durchgeführt hat:

Was geboren ist auf Erden,

Muß zu Erd' und Asche werden! —

Aber ebensowenig wollen wir vergessen, wenn er tröstend hinzusetzt:

Liebe kann nicht untergehen,

Was verweht, muß auferstehen!

Was wir aber vor Allem betonen möchten und wonach der Mensch bei jedem heitern Lebensgenusse trachten möchte, ist das: niemals den Leidenschaften und den sinnlichen Begierden Rechte einräumen, die nach eingetretener Ueberfättigung, unfehlbar den Zustand herbeiführen, der sich geltend macht als physischer und moralischer — Katzenjammer.

Lokales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Bei der am Sonntage hier stattgefundenen Bezirksversammlung der Militärvereine in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde waren von den 22 zum Bunde gehörenden Vereinen 13 vertreten. Nachdem der Bezirksvorsteher die Anwesenden begrüßt und des hohen Protektors von Sachsens Militärvereinsbund, Sr. Maj. des Königs, ehrfurchtsvoll gedacht hatte, erfolgte der Jahres- und Kasernenbericht, aus welchem unter Anderem hervorzu-

heben ist, daß von den 24 Militärvereinen im Bezirke, nachdem nun auch Hartmannsdorf und Nechenberg-Holzau beigetreten sind, nur noch der zu Hermsdorf dem Bunde fernsteht, während der zu Burthardsdorf, wegen besserer Verbindung nach Freiberg, sich diesem Bezirke angeschlossen hat. Obige 22 Vereine zählen zusammen 1784 Mitglieder. Unterstützung aus der Bundeskasse erhielten im Jahre 1885 5 Vereine in der Höhe von zusammen 85 Mk. Die Bundessteuer beträgt pro Mitglied 4 Pf., während die Bezirkssteuer für 1886 auf 1 Pf. festgesetzt werden konnte. Nach Erledigung einiger anderer Militärvereins-Angelegenheiten schritten die Vorstände der vertretenen Vereine zur Neuwahl eines Bezirksvorstehers und eines Stellvertreters desselben, da ersterer freiwillig sein Amt niederlegte und letzterer statutengemäß auszuscheiden hatte. Die Wahl ergab, daß Kamerad Schröder-Dippoldiswalde als Bezirksvorsteher und Kamerad Lindig-Glashütte zu dessen Stellvertreter gewählt worden waren. Die Genannten nahmen die Wahl an. Zum Schluß der Sitzung erschien noch zur Freude der Anwesenden Kamerad Bundespräsident Tanner aus Dresden, nahm Kenntniß vom Verlaufe der Versammlung, widmete den ausscheidenden Vorständen warme Worte der Anerkennung und begrüßte darauf die neugewählten ebenfalls in kameradschaftlicher Weise, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Die Finanzdeputation A der 2. Kammer hatte sich auch mit verschiedenen aus unserer Amtshauptmannschaft stammenden Petitionen wegen Wegebauten zu befassen und hat nunmehr ihren Bericht erstattet. Ueber die Petition Ufer und Genossen in Hermsdorf, die um Aufschluß des wilden Weißeritzthales durch eine Straßen- oder Bahnverbindung bitten, beschloß die Deputation, welche insbesondere den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Steyer-Reinholdshain folgend, wenigstens eine theilweise Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche für angezeigt hielt, zu beantragen, die Kammer wolle beschließen: die Petition von Ufer in Hermsdorf und Genossen, die Erbauung einer Straße im wilden Weißeritzthal, der königlichen Staatsregierung zur Kenntnisaufnahme zu überweisen. — Weiter beantragt die Deputation, die Petition des Gemeinraths zu Niederfelditz und Genossen um Gewährung einer laufenden Unterstützung zur Unterhaltung der Straße Kreischa-Niederfelditz auf sich beruhen zu lassen. — Eine weitere Petition, eingereicht vom Abg. Steyer-Reinholdshain und zahlreichen Genossen, betrifft die Fortsetzung der Bezirksstraße Kreischa-Lochwitz resp. Ausbau der noch unvollendeten Strecken. Der zu den Deputationsverhandlungen zugezogene Hauptpetent, Abg. Steyer, hob hervor, daß das in Frage kommende Wegestück die Grenze zwischen zwei Amtshauptmannschaften bilde, welche um deswillen kein Interesse an dem Ausbau desselben zeigten, weil sie fürchteten, daß sich der ohnehin sehr starke Verkehr dann noch wesentlich stärker entwickeln und die Wegeunterhaltungspflicht der an der Straße liegenden Gemeinden dann noch erheblich steigern werde; es bliebe deshalb nur übrig, sich wegen des Ausbaues, bittend an den Staat zu wenden. Die königlichen Herren Kommissare erkannten an, daß auf irgend einem Wege Abhilfe geschafft werden möge. Anträge seien an die königl. Staatsregierung bis jetzt aber nicht gerichtet worden; sie sei jedoch geneigt, die Angelegenheit zu erörtern und eventuell einen erheblichen Betrag zum Ausbau der Straße zu bewilligen. Die Deputation beantragt darnach, die Kammer wolle beschließen: die Petition des Abgeordneten Ernst Steyer und Genossen, den Ausbau der Straße Kreischa-Niederfelditz betreffend, der königlichen Staatsregierung zur Erwägung zu übergeben. (Die Petitionen sind am 8. März nach eingehender Befürwortung seitens des Herrn Abg. Steyer-Reinholdshain dem Deputationsantrage gemäß erledigt worden.)

Inserate, welche bei der bedeutenden Auflage des Blattes eine sehr wirksame Verbreitung finden, werden mit 10 Pfg. die Spaltenzeile oder deren Raum berechnet. — Tabellarische und complicirte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingesandt, im redaktionellen Theile, die Spaltenzeile 20 Pfg.